



# Vereinbarung zur Ebenen übergreifenden Zusammenarbeit in der Informationstechnik (IT)



... da war doch mal was ...



**15. Kommunales IuK-Forum Niedersachsen**  
am 03./04.09.2015  
in Varel-Dangast

**3. September 2015**

11.45 Uhr

Von der eGovernment-Vereinbarung zur Vereinbarung zur  
ebenenübergreifenden Zusammenarbeit in der Informationstechnik  
Ulrich Mahner, Referatsleiter, Niedersächsischer Städtetag

Nächste Folie



Ulrich Mahner  
Niedersächsischer Städtetag

17. Kommunales IuK-Forum  
16./17. August 2018 – Verden (Aller)

# ... da war doch mal was ...



Land Niedersachsen



Niedersächsischer  
Städte- und Gemeindebund



Niedersächsischer  
Städtetag



Niedersächsischer  
Landkreistag

## Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Einführung von eGovernment in Niedersachsen

zwischen dem  
**Land Niedersachsen**  
und dem  
**Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund**  
**Niedersächsischen Städtetag**  
**Niedersächsischen Landkreistag**

# ... da war doch mal was ...

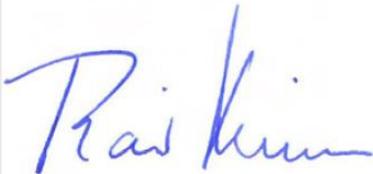
Hannover, den 17.10.2007

Für das Land Niedersachsen



Ministerpräsident Christian Wulff

Für die kommunalen Spitzenverbände



Rainer Timmermann  
Präsident  
Niedersächsischer  
Städte- und Gemeindebund



Dr. h.c. Martin Biermann  
Präsident  
Niedersächsischer  
Städtetag



Klaus Wiswe  
Vorsitzender  
Niedersächsischer  
Landkreistag

# Neue Regierung, neuer Anlauf

- Ziele
  - Begleitung der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), des geplanten NDIG und des Handlungsplans Digitale Verwaltung
  - Einbindung der Kommunen in die Projektstrukturen auf Augenhöhe
  - Unterstützung und Förderung der Kommunen bei der Digitalisierung



# Form

- Allgemein gehaltene Vereinbarung, die Ziele benennt und Allgemeingütiges zu geplanten Maßnahmen und Geltungsdauer enthält
- Liste der Maßnahmen oder Projekte als Anlage



# OZG-Umsetzung - Ziele

- Einbindung der Kommunen in die Umsetzung der von Niedersachsen übernommenen Bereiche
- Flächendeckende Einführung besonders geeigneter Online-Verwaltungsleistungen, einschließlich Anbindung häufig genutzter Fachverfahren
- Ggf. könnte ein explizites Unterstützungs-programm für Kommunen durchgeführt werden, die flächen-deckend nutzbare Online-Verwaltungsleistungen mithilfe der niedersächsischen Basisdienste einführen.



# OZG-Umsetzung – erste Schritte

Kommunale Fach- und IT-Experten für die Mitarbeit in Arbeitsgruppen sind zu finden. Die Möglichkeiten der Förderung einer Mitarbeit dieser kommunalen Experten sind zeitnah zu prüfen, z.B. könnte die Übernahme von Reisekosten in Frage kommen.



# Basisdienste – Ziele I

- Für die Umsetzung des OZG sollen die vom Land bereitgestellten Basisdienste genutzt werden.
- Betrieb durch IT.N, kommunale IT-Dienstleister oder von einer institutionalisierten Zusammenarbeit betrieben werden.
- Der BUS soll alle Dienstleistungen der niedersächsischen Verwaltungen besser erschließen.



# Basisdienste – Ziele II

- Der Antragsverwaltungsdienst soll sukzessive alle für die OZG-Umsetzung erforderlichen Anträge enthalten. Nutzung fakulativ
- Das neue Servicekonto wird von Landesbehörden und Kommunen genutzt
- Landesweit steht ein IT-Verfahren zur Bündelung verschiedener Eingangskanäle zur Verfügung (z.B. GMM)
- E-Payment wird genutzt



# Basisdienste – erste Schritte

- Erneuerung des Servicekontos
- Beschaffung des GMM für Land und Kommunen



# Modellkommunen - Koalitionsvertrag

*„Die Umsetzung einer digitalen Landes- und Kommunalverwaltung mit medienbruchfreien Geschäftsprozessen wird Land und Kommunen in den nächsten Jahren vor erhebliche Herausforderungen stellen. Um diesen Prozess zu unterstützen, werden SPD und CDU ein bis drei Modellkommunen und ein Modellministerium auswählen und entsprechend fördern, um Blaupausen für die Umsetzung der E-Verwaltung zu erhalten.“*



# Modellkommunen - Ziel

Pilotierung im Rahmen der Umsetzung des OZG, insbesondere Ausbau medienbruchfreier Geschäftsprozesse. Es sollen nachnutzbare und übertragbare, im Endausbau möglichst flächendeckende Lösungen für die Umsetzung der E-Verwaltung unter Nutzung der Basisdienste entwickelt werden.



# Modellkommunen – erste Schritte

- Beschreibung der gewünschten Projektergebnisse,
- Modellkommunen sind zu finden,
- Abstimmung Projektauftrag,
- Einrichtung von geeigneten Projektstrukturen.



# Verwaltungsnetz - Ziel

Anschlusskosten bis zu den auf Basis des Rahmenvertrages des Jahres 2003 definierten kommunalen Netzübergabepunkten sollen auch künftig in vollem Umfang vom Land finanziert werden.



# Verwaltungsnetz – erste Schritte

Nach Abschluss der Vereinbarung wird der Rahmenvertrag aus dem Jahr 2013 aktualisiert.



# Institutionalisierung - Ziel

Verbesserung der Zusammenarbeit von Land und Kommunen durch Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung zur institutionalisierten Zusammenarbeit



# Institutionalisierung – erste Schritte

MI klärt, unter welchen Rahmenbedingungen eine institutionalisierte Zusammenarbeit möglich ist. Zunächst sind die Aufgaben festzulegen, die in einer institutionalisierten Zusammenarbeit erledigt werden können. Anschließend kann die passende Rechtsform festgelegt werden.



# Cyber-Sicherheitsbündnis

Die zunehmende – auch netztechnisch - Ebenen übergreifende Zusammenarbeit stellt erhöhte Anforderungen an die Sicherheit aller an die entsprechenden Netze angeschlossenen Systeme.



# Cyber-Sicherheitsbündnis – Ziel I

- Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich Informationssicherheit
- Warn- und Informationsdienst (WID) des NCERT erweitern
- Ausbau der guten Zusammenarbeit mit dem Bündnis KITSIN
- Die Nutzung der „Malware-Information-Sharing-Plattform (MISP)“ könnte auf Kommunen erweitert werden.



# Cyber-Sicherheitsbündnis – Ziel II

- Unterstützung der Kommunen durch Sicherheitsberatung – Finanzierung eines bestimmten Kontingents von Beratertagen durch das Land
- Einbeziehung von Kommunen in das geplante Cyber Defense Center (CDC)
- Kooperation bei der Durchführung des Nds. Cybersicherheitstages



# Cyber ... - erste Schritte

- weitere Kommunen an Warn- und Informationsdienst anschließen,
- Möglichkeit schaffen, um Informationen aus MISP-Plattform des Bundes weitergeben zu können,
- Zusammenarbeit bei Durchführung des Nds. Cybersicherheitstages,
- Einbeziehung von Kommunen in das geplante CDC.



# Sichere Kommunikation

Nach § 3 IT-Netz-Gesetz soll die Kommunikation von Behörden über Verwaltungsnetze erfolgen.



# Sichere Kommunikation - Ziel

- E-Mails der Kommunen an des Land oder andere Kommunen werden nur noch über das Verwaltungsnetz versandt.
- Allgemein nutzbare Möglichkeit der vertraulichen Kommunikation zwischen Land und Kommunen steht flächendeckend zur Verfügung.
- TLS-Verschlüsselung wird auch bei Kommunen flächendeckend verwendet



# Messenger-Dienst - Ziel

- Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten zwischen der Polizei und Feuerwehren, Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Mitgliedern der Feuerwehren
- Einsatz eines „Verwaltungsmessengers“



# Messenger-Dienst – erste Schritte

- Prüfung, ob der Messenger der Polizei NIMES für einen entsprechenden Einsatz in Frage kommt,
- Tatsächlichen Bedarf klären,
- Finanzierung klären.

